

3. / 1. 1918

Das czechische Verlangen nach Parlaments- sitzungen.

**Eine czechische Beratung über die Friedens-
verhandlungen unter Teilnahme der verurteilten
Abgeordneten.**

Wien, 2. Januar.

Die czechischen Abgeordneten haben in einer Zuschrift an den Präsidenten Dr. Groß die Anberaumung von Abgeordnetenhausitzungen verlangt und für sie eine Dringlichkeitsanfrage an die Regierung über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk angekündigt. Zuerst waren die czechischen Sozialdemokraten mit dem Wunsche nach Beratungen des Parlaments hervorgetreten. Dann kamen die Nationalsozialen, die überdies noch forderten, daß ein Kongreß aller czechischen Reichsratsabgeordneten, auch jener, die ihr Mandat verloren haben, sowie der Abgeordneten des früheren böhmischen Landtages und der Landtage von Mähren und Schlesien nach Prag einberufen werde. Der Obmann des czechischen Verbandes, Abgeordneter Stanek, der heute von Prag nach Wien abgereist ist, hat nun diesem Verlangen entsprochen und sämtliche czechische Reichsratsabgeordnete und Landtagsabgeordnete aus Böhmen, Mähren und Schlesien, darunter auch die ehemaligen Abgeordneten des aufgelösten böhmischen Landtages, zu einer Vollversammlung einberufen, die Sonntag den 6. d. um 11 Uhr vormittags in Prag stattfinden wird. Den Gegenstand der Beratung wird die Stellungnahme der czechischen Abgeordneten zu den Friedensverhandlungen bilden.

In der von czechischer Seite ausgegebenen Mitteilung über die Einberufung dieser Versammlung finden sich nicht die in dem Beschlusse der Nationalsozialen angeführten Worte „auch jener, die ihre Mandate verloren haben“. Da aber auch die Mitglieder des früheren böhmischen Landtages eingeladen wurden, ist die Absicht, die den Nationalsozialen vorschwebte, erfüllt. Denn die Mehrzahl der verurteilten Abgeordneten, insbesondere Dr. Kramarz, an dessen Teilnahme hier vermutlich in erster Reihe gedacht wird, sind Mitglieder des böhmischen Landtages gewesen. Die Ausdehnung der Einladung auf die früheren Landtagsabgeordneten ist der Aus- und Umweg, auf dem die Zugiehung der Amnestierten zu der Prager Beratung erfolgen soll. Schon dies läßt die Tendenzen, von denen sich die Czeden bei ihren letzten Schritten leiten lassen, klar erkennen. Das Verlangen, daß das Abgeordnetenhaus seine Ferien unterbreche und Sitzungen abhalte, entspringt nicht parlamentarischer Gesinnung, sondern dem Wunsche, eine Haltung fortzusetzen, die keineswegs die Unterstützung der Friedenspolitik will. Die letzten Debatten im Abgeordnetenhaus haben dies deutlich gezeigt. Erst am 18. und 19. Dezember verhandelte das Abgeordnetenhaus eine dringliche Anfrage der Czeden über die Friedensverhandlungen. Es war unmittelbar vor der Abreise des Grafen Czernin nach Brest-Litowsk und sie kamen damals mit dem Verlangen, es möge dem Minister des Aeußern für die Friedensverhandlungen ein aus den verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs und Ungarns nach dem Bevölkerungsschlüssel zusammengesetzter Beirat beigegeben werden. Den Eindruck, den die Ausführungen der slawischen Redner machten, kennzeichnete Dr. Waldner damals dahin, daß sie unterhöhlen die Einmischung des Auslandes in unsere inneren Angelegenheiten herbeiwünschen. Nun fühlen sie wieder das Bedürfnis nach einer Debatte. Je günstiger die Nachrichten aus Brest-Litowsk lauteten, desto größer wurde die Unruhe der Czeden, desto stürmischer das Verlangen nach dem Parlament. Die Absicht, die Arbeit unserer Unterhändler zu erleichtern, haben sie nicht. In der katholisch-nationalen Presse Mährens regt sich etwas wie Widerspruch gegen die bisherigen Wege der czechischen Politik. Aber in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses haben auch die Vertreter dieser Partei so gesprochen und gehandelt wie alle anderen Czeden. Auf dem Kongresse in Prag wird den verurteilten

Abgeordneten vielleicht schon offen die Führung zufallen. Welche Art von „Friedenskundgebung“ man von dort erwarten kann, ist unschwer vorauszu sehen.